

AZ - FL-9494 Schaan

Mittwoch
14. Juni 1978

Erscheint
Montag/Dienstag/Mittwoch
Donnerstag/Samstag
(Wochenendausgabe)

Heute Mittwoch
in alle
Haushaltungen

Liechtensteiner



Volksblatt

Redaktion: Telefon (075) 2 42 42 / 43

Mit den amtlichen Publikationen

111. Jahrgang - Nr. 110

Frauen in der Öffentlichkeit

Vor neuen Initiativen der Arbeitsgruppe für die Frau

Wer sich an die ausserordentlich gut besuchten Vorträge über die Rechtsstellung der Frau in Liechtenstein erinnert und dann aus der eher schwachen Besetzung beim kürzlich gehaltenen Referat der Schweizer Nationalrätin Dr. Juliane Uchtenhagen auf abflauendes Interesse unserer Mitbürgerinnen an der Politik schloss, der kann sein Urteil inzwischen wieder revidieren. Denn es waren immerhin um 40 Frauen, die am Montagabend an einer Informations- und Diskussionsrunde teilnahmen, bei der es ausschliesslich um die Frage ging, wie sich Frauen in unserer Öffentlichkeit besser profilieren und ihre Anliegen wirksamer vorbringen könnten.

Frau Alice Fehr stellte eingangs die als Veranstalterin des Abends auftretende Arbeitsgruppe für die Frau kurz vor und erinnerte an die bisherige Tätigkeit auf die mit den folgenden Beispielen kurz verwiesen sei: Umfrage über die ärztliche Betreuung, Stellungnahmen zum Adoptionsrecht und zur Frage des Jugendschutzes. Die grössten Erfolge hatte die Arbeitsgruppe mit der eingangs erwähnten



Vortragsreihe über die Rechtsstellung der Frauen in unserem Lande.

Drei Arbeitsgruppen

Um gezielter vorgehen zu können, hat sich die Arbeitsgruppe für die Frau vor kurzem in drei verschiedene Untergruppen aufgeteilt. Die drei Arbeitsgruppen mit ihren verschiedenen Schwerpunkten wurden am Montagabend von ihren derzeitigen Sprecherinnen vorgestellt: Frau Gerda Wachter leitet die Gruppe «Erwachsenenbildung», die bis im Herbst eine Vortragsreihe über Staatskunde vorbereiten möchte (Die Gruppe steht auch in Kontakt mit dem Leiter des Schulamtes Dr. Josef Wolf). Jolanda

Breustedt, Patricia Büchel und Christl Hilti arbeiten gemeinsam für den Bereich «Frau in der Öffentlichkeit», dem es konkret um die Bewusstseinsbildung der politischen Rolle geht, welche der Frau heute zukommt. Konkret will diese Arbeitsgruppe demnächst Versicherungsfragen in bezug auf die Stellung der nichtberufstätigen Frauen überprüfen und unsere Gesetzgebung nach jenen Abschnitten durchgehen, welche sich speziell auch mit der Frau in der Gesellschaft befassen. Schliesslich sprach Regina Marxer für die Arbeitsgruppe «Erziehung, Schule, Ausbildung und Beruf». Die Gruppe befasst sich mit der Vorbereitung

• Reges Interesse an der Tätigkeit der Arbeitsgruppe für die Frau. Unsere Aufnahme entstand am Informationsabend vom Montag im Treffpunkt Ebenholz. (Bild: Meier)

einer Informationstagung aus Anlass des 1979 stattfindenden «Jahr des Kindes». Wie der gute Besuch, so zeugte auch die nachfolgende Diskussion vom regen Interesse, das die Arbeitsgruppe für die Frau mit diesem interessanten Informationsabend und den zu ergreifenden Initiativen für sich geweckt hatte. Wir werden die weiteren Aktivitäten der Gruppe mit Interesse verfolgen und publizistisch unterstützen.

Heute abend in Vaduz:

Währungs-Probleme

Öffentlicher Vortrag mit Dr. Fritz Leutenwiler



Wir bringen unseren Leserinnen und Lesern nochmals in Erinnerung, dass der Präsident der Schweizerischen Nationalbank, Dr. Fritz Leutenwiler (unser Bild), heute Mittwochabend um 20.15 Uhr in der Aula der Volksschule Vaduz einen Vortrag über die Problematik der Währung und die Bedeutung des Schweizer Frankens für Liechtenstein halten wird. Der Vortrag ist öffentlich und damit für jedermann, der sich für Währungsfragen interessiert und die in den letzten Jahren bekannt gewordene Persönlichkeit des Schweizer Nationalbankpräsidenten einmal persönlich kennenlernen will, zugänglich: heute Mittwochabend um 20.15 Uhr in der Aula der Volksschule Vaduz.

Volksblatt-Kommentar:

Nicht so kurzlebig

«Vorausschauende Planung» nach VU-Muster

Wofür die VU schon als Minderheit eintrat, «für eine vorausschauende Planung» (so das «Vaterland» vom 6. Juni 1978), habe die Regierung «eine Erhebung über die im Bau befindlichen oder geplanten grösseren Projekte des Landes, der Gemeinden und der Landesinstitute» beim Bauamt in Auftrag gegeben. Die Regierung, so schwärmt das VU-Preseorgan ausserdem, sei damit sogar einer diesbezüglichen Anregung des VU-Abgeordneten Meler «bereits zuvorgekommen». Tatsächlich ist alles zusammen ein aufgeblasener Humbug. Die von der Regierung am 23. Juni in Auftrag gegebene und vom VU-Abgeordneten Meler am 24. Juni pflichtgemäss nachgeforderte Erhebung ist längst fertig: sie wurde bereits Ende 1977 ausgearbeitet und dem Gewerbe im Januar dieses Jahres ausgehändigt; allerdings von der früheren Regierung. Bekanntlich rief die gleiche VU, die heute für eine zeitliche Staf-

felung der öffentlichen Bauaufträge eintritt, im Dezember 1976 noch nach einem zusätzlichen Baubudget. Damals stiess die VU auf den Widerstand sowohl von Chef Dr. Walter Kieber, wie auch von Abgeordneten der FBP-Fraktion (z.B. Noldi Frommelt) und von Vertretern des Gewerbes: statt anheizen sollte man besser die noch ausstehenden Projekte zeitlich strecken. In diesem Sinne beantwortete die Regierung am 7. Juni vergangenen Jahres auch die erwähnte VU-Motion für ein Zusatzbudget.

Zusammenfassung aller Projekte
In der seinerzeitigen Beantwortung der Motion unterbreitete die Regierung eine Zusammenstellung aller Projekte von Land, Gemeinden und von Privaten (soweit sie bekannt waren) bis zum Jahre 1982. Der im November 1977 erschienene Finanzplan enthielt noch einmal eine Aufstellung, dieses Mal konkret bis 1980. Eine verfeinerte Zusammenstel-

lung wurde dann im Januar 1978 der Gewerbetenossenschaft ausgehändigt.

Wer hält wen für dumm?

Nachdem die Regierung hinsichtlich des Investitionsvolumens Ende 1976 auf die wachsende Investitionstätigkeit der Gemeinden verwiesen und damit unterstrichen hatte, dass die Gesamtheit der Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand deshalb in vollem Umfang erhalten geblieben sei, dividierte die VU einmal mehr Land und Gemeinden auseinander. Das «Vaterland» am 28. Dezember 1976: «Es ist eine sonderbare Regierungspolitik, sich mit Gemeindefinanzen zu brüsten, wenn die eigene Finanzplanung in die Brüche geht. Offensichtlich strengen sich die Gemeindeväter mehr an, dem notleidenden Gewerbe zu helfen, als die Regierung» (Ende des Zitats). Schliesslich wurde die Regierung aufgefordert, den Bürger «nicht für dumm» zu halten. Inzwischen

ist die Frage angebracht, wer tatsächlich wen für dumm gehalten hat. Der Begriff vom «notleidenden Gewerbe» hat eher einen seltsamen Nebengeschmack. Die Gemeinden sind dank Landesmitteln zu grössten Investoren der nächsten Jahre im Bereich der öffentlichen Hand aufgestiegen (Siehe Volksblatt von gestern Dienstag «Millionen-Projekte»). 1976 im Dezember trennte die VU Staat und Gemeinden noch als sie von der öffentlichen Hand sprach, in zwei Teile, heute ist es für sie selbstverständlich, dass beide zusammengehören. In der von ihr am 23. und 24. Juni 1976 geforderten und von der alten Regierung bereits im Januar abgelieferten Erhebung werden Investitionen des Landes korrekterweise ebenso berücksichtigt, wie jene der Gemeinden.

Nicht so vergesslich

Sicher! Man soll niemanden dafür kritisieren, dass er zu einer besseren Einsicht gelangt ist; im Gegenteil. Was man der VU jedoch in keinem Fall durchgehen lassen darf, ist der Versuch, sich heute mit fremden Federn zu schmücken und von «vorausschauender Planung» zu reden, nachdem man noch vor nicht allzulanger Zeit für Zusatzbudgets warb und mit dem «notleidenden Gewerbe» politisieren wollte. So kurzlebig ist die Politik auch wieder nicht, und der Liechtensteiner nicht so vergesslich. (wbw)

LIHGA

Sonderbeitrag zur Eröffnung am Samstag
Am kommenden Samstag ist es soweit: die 1. Liechtensteinische Industrie-, Handels- und Gewerbeausstellung öffnet auf dem Messegelände in Schaan (vis-à-vis Zahnfabrik Ivoclar) ihre Tore. Die LIHGA dauert bis zum 25. Juni. Mehr über dieses grosse Ereignis im Innern der vorliegenden Ausgabe.

Spanien-Reisende

Autobahn Barcelona-Valencia dem Verkehr übergeben
Kürzlich wurde ein wichtiges Teilstück der Autobahn von Barcelona nach Valencia dem Verkehr übergeben. Es handelt sich um den Abschnitt zwischen Torreblanca und Peniscola mit einer Länge von 25,5 km. Das letzte sich noch im Bau befindliche Teilstück, jenes von Torreblanca nach Castellon, soll bis im Juni dieses Jahres fertiggestellt werden, womit dann auch die letzten 35 km der gesamten Strecke geschlossen werden. Da zu ungefähr der gleichen Zeit auch in Frankreich der letzte Abschnitt der «Langedocienne» zwischen Narbonne und Perpignan vollendet sein dürfte, wird unseren Touristen Richtung Süden von Anancy bis Valencia eine durchgehende Autobahn zur Verfügung stehen. (Aus ATC-Aktuell)

BANK IN LIECHTENSTEIN
AKTIENGESELLSCHAFT

Der richtige Partner für Ihre Bankgeschäfte

FL-9490 Vaduz Telefon (075) 6 11 22